

Demokratie im Schatten des Terrors

„Mali“, nach einem der vorkolonialen Reiche im Sahelgebiet benannt – koloniale Bezeichnung *Soudan* –, ist ein Binnenland mit grosser Ausdehnung und ökologisch/wirtschaftlicher Diversität; Sahel und Sahara bildeten in der Vergangenheit einander ergänzende Wirtschafts- und Sozialräume; die Reiche in diesem Gebiet hatten sowohl politisch wie wirtschaftlich grosse Bedeutung für Westafrika und auch die angrenzenden Territorien (afrikanische Waldgebiete, Nordafrika und Mittelmeerraum).

Bei der Kolonisierung durch Frankreich spielte der Einsatz von Militär eine gewichtige Rolle; das hing mit dem heftigen Widerstand der nomadischen Völker im Norden zusammen, aber auch mit der Existenz grosser vorkolonialer Reiche, die sich nicht so einfach unterwerfen liessen. Der *Soudan* war einerseits, wie Niger und Tschad, ein Bestandteil der französischen Sahara und damit eine Puffer- oder Übergangszone mit diffusen Grenzen, andererseits, im Süden, kolonialwirtschaftlich wertvoll.

Die französische Regierung überliess die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung völlig den Kolonialgesellschaften; vor allem das zentrale Entwicklungsprojekt *Office du Niger*, das Frankreich von Baumwollimporten aus den USA und britischen Kolonien unabhängig hätte machen sollen, erwies sich als Flop, veränderte allerdings die wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes bedeutend. Aus einem Projekt, das 1,3 Mio. ha Land entwickeln sollte (und dafür ebenso viele Bauern gebraucht hätte) wurde ein kostspieliger Flop (heute werden etwa 100.000 ha. durch das ON verwaltet).

Frankreich leistete nur geringe Investitionen in das Bildungssystem. Der *Soudan* erhielt die Rolle eines Hinterlands für die Kolonie Senegal und das brachte mit sich, dass vor allem die negativen Aspekte der Modernisierung (koloniale Zwangsproduktion, Arbeitsmigration) wirksam wurden. *Soudan* / Mali blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg Hinterland Senegals, lieferte Grundnahrungsmittel und Arbeitskraft und war ein Absatzgebiet für senegalesische Produkte. Die kolonialen Projekte im Bereich der *cash crop* Produktion (Baumwolle, Erdnuss) wurden fortgesetzt.

1960 kam es zu einer einvernehmlichen Entkolonisierung; das Projekt einer Föderation Mali mit Senegal scheiterte sehr rasch an der Ablehnung der Franzosen und an der mangelnden Bereitschaft der nationalen Politiker beider Länder zur Zusammenarbeit. Präsident Modibo Keita versuchte in Mali ein sozialistisches Modell (politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich) durchzusetzen, scheiterte und musste den Platz für eine Militärregierung konservativer Prägung räumen. Die repressive Politik der Regierung Keita und des folgenden Militärregimes, sowie die schwierige ökologische und wirtschaftliche Lage veranlassten grosse Teile der – vor allem jungen – Bevölkerung auszuwandern. Nach 1990 und einem zum Teil gelungenen Transitionsprozess kehrte ein Teil aus der Diaspora zurück, wurde zum Motor einer wirtschaftlichen und politischen Erneuerung, aber auch zum Kern des bewaffneten Widerstands der Tuareg im Norden.

Die Regierung der Offiziere unter Führung von Moussa Traoré blieb, unter oberflächlicher Demokratisierung durch ein Einparteiensystem und Wahlen bis 1991 an der Macht. Die 1970er Jahre waren durch die Dürre im Sahelraum geprägt, die vor allem den Hirtennomaden sehr schadete. Auch in den 1980er Jahren waren Entwicklungshilfe und Budgetzuschüsse zunehmend notwendig, um Wirtschaft und Staat in Gang zu halten. Der wichtigste Geber war Frankreich, doch trugen auch die

zahlreichen Emigranten in Afrika und Europa mit ihren Geldsendungen zur Absicherung der Finanzlage bei.

Eine Gruppe von Offizieren stürzte im März 1991 Präsident Traoré und liess die Organisationen der Zivilgesellschaft einen Demokratisierungsprozess einleiten. Die Präsidentenwahlen im April 1992 brachten einen Sieg von Alpha Oumar Konaré, doch seiner Regierung gelang es nicht, der sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Land Herr zu werden. Zwischen 1992 und 1994 kam es immer wieder zu Protesten einzelner Gruppen, vor allem jener Jugendlichen, die sich als die „wahren Revolutionäre“ im Kampf gegen Moussa Traoré fühlten, und nicht selten endeten sie in Zerstörung und Plünderung. Von internationaler Seite gab es viel Lob für die neue Demokratie; angesichts der Machtübernahmen der Armee in Niger und Côte d’Ivoire sowie der Hartnäckigkeit, mit der sich in Togo und Burkina Faso die Generäle an der Macht hielten, war eine Demokratie trotz Chaos schon ein gewaltiger Fortschritt.

Die Wahlen von 2002 brachten die Ablöse Konarés durch Amadou Toumani Touré, der 1992 den Putsch gegen Traoré angeführt hatte. Touré versuchte durch eine Form der „Konsensdemokratie“ alle politischen Kräfte einzubinden, scheiterte jedoch letztlich an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, an den Protesten der Zivilgesellschaft, vor allem aber an der steigenden Unsicherheit im Land. Mehrere islamistische Gruppen und Milizen der Tuareg setzten sich mit bewaffneter Gewalt im Norden durch; im mittleren Mali kam es immer häufiger zu lokalen Auseinandersetzungen zwischen Hirtennomaden und sesshaften Bauern. Die Regierung liess

2012 setzte ein Militärirat Touré ab. Ihm folgte Ibrahim Boubacar Keita, der die Probleme durch eine militärische Intervention Frankreichs (die relativ erfolgreich war) sowie die Stationierung von UNO-Truppen (die eher problematische MINUSMA) in den Griff bekommen wollte. Erfolglos wurde er seinerseits 2020 in einem Putsch gestürzt. Seither kontrolliert „Übergangspräsident“ Oberst Assimi Goïta die Politik Malis. Die neuen Machthaber zeigen zunehmend die Tendenz, die Islamisierung zu fördern, und lehnen die erfolglosen Interventionen des Westens ab. In diesem Zusammenhang nahm die russische „Gruppe Wagner“ im September 2022 ihre Aktivitäten in Mali auf, während die Junta Frankreich und die EU aufforderte, sich aus Mali zurückzuziehen

Mali ist heute der drittgrösste Goldproduzent Afrikas, doch immer noch lebt der Grossteil der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Produktion. Die Produktion von Baumwolle und vor allem von Reis zeigt sehr schwankende Ergebnisse und bringt die Ernährungssicherheit – ebenso wie die steigende bewaffnete Gewalt – weite Teile der Bevölkerung immer wieder in Gefahr. Die Erschliessung von Rohstoffvorkommen (neben Gold) wie die Förderung des Tourismus und der alternativen Energieproduktion sind angesichts der immer noch prekären Sicherheitslage im Land nur Hoffnungsbereiche; das Fehlen innerer Sicherheit bedroht die demokratischen Institutionen: zu den Parlamentswahlen 2020 kamen nur noch knapp mehr als 35% der Wähler_innen.